

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Herr Thomas Bertschy  
Ressort Arbeitnehmerschutz  
Effingerstrasse 31  
3003 Bern

29. April 2011

**Parlamentarische Initiative: Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bertschy  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Sie will die heute geltende Eigenart ändern, wonach Tankstellen zwar Personal für den Restaurationsbetrieb bewilligungsfrei am Sonntag und in der Nacht beschäftigen dürfen, nicht aber für den Shopverkauf. Die EVP gewichtet den Arbeitnehmerschutz indes höher und lehnt die vorgeschlagene Änderung des Arbeitsgesetzes und die damit verbundene Ausweitung der Nacht- und Sonntagsarbeit aus folgenden Gründen ab:

- **Nacht- und Sonntagsarbeit muss die Ausnahme bleiben**  
Das geltende Verbot darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Der Arbeitnehmerschutz und der Schutz des Sonntags als Ruhe- und Feiertag haben Vorrang. Das Arbeitsgesetz ist dem Schutz der Arbeitnehmer verpflichtet und muss seinem Ziel treu bleiben, die Arbeitnehmenden vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schützen.
- **Nachtarbeit birgt gesundheitliche Risiken**  
Nachtarbeit schadet der Gesundheit. Sie ist deshalb auf ein Minimum zu beschränken.
- **Sonntagsarbeit behindert Sozial- und Familienleben**  
Der arbeitsfreie Sonntag ist eine jahrhundertealte Errungenschaft. Er liegt im Interesse der Arbeitnehmenden und ihres sozialen Lebens und ermöglicht gemeinsame Aktivitäten in der Familie, im Freundeskreis, in Vereinen oder in der Kirche. Sonntagsarbeit hat hingegen negative Auswirkungen auf das Sozial- und Familienleben der Arbeitnehmenden. Sonntags soll deshalb nur gearbeitet werden, wenn es unbedingt notwendig ist.

- Keine weitere Zunahme von Nacht- und Sonntagsarbeit**  
 Die Nacht- und Sonntagsarbeit hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dieser Entwicklung darf nicht weiter Vorschub geleistet werden. Genau dies droht aber, wenn künftig jeder Tankstellenshop an einer Hauptverkehrsachse (ohne die Einschränkung „mit starkem Reiseverkehr“) auch nachts und am Sonntag Personal beschäftigen darf. Damit werden die Angestellten um den letzten Rest ihres Feierabends und ihres arbeitsfreien Sonntags gebracht.
- Mehr Nachtarbeit auch ausserhalb der Tankstellenshops**  
 Die Ausweitung der Nacht- und Sonntagsarbeit bei den Tankstellenshops hat massive Auswirkungen auf andere Branchen und deren Beschäftigte. Nicht nur das Personal in den Tankstellenshops müsste neu Nachtarbeit leisten, sondern auch z.B. Reinigungskräfte oder Sicherheitsdienste. Die Umsetzung der Initiative würde also zu einer Zunahme von Nachtarbeit auch ausserhalb der Tankstellenshops führen. Dies widerspricht dem strengen Schutz vor Nachtarbeit, der wegen der schädlichen Gesundheitsauswirkungen im Arbeitsgesetz verankert ist.
- Arbeitnehmende sitzen am kürzeren Hebel**  
 Viele Angestellte lehnen Nacht- und Sonntagsarbeit ab, müssen sich aber anpassen, weil sie auf die Jobs angewiesen sind. Der Staat steht in der Verantwortung, für die Schwächeren einzustehen und dem Arbeitnehmendenschutz Priorität einzuräumen.
- Entschleunigung fördern**  
 In einer immer hektischer werdenden Zeit darf das Ruhebedürfnis der Bevölkerung nicht dem Profitdenken geopfert werden.
- 24-Stunden-Gesellschaft schafft Probleme**  
 Vor allem in den Städten werden Polizei und Rettungsdienste der 24-Stunden-Gesellschaft und ihren Auswüchsen wie Littering, Vandalismus, Alkoholmissbrauch und Gewaltausbrüchen kaum mehr Herr. Da ist es nicht sinnvoll, das Dienstleistungsangebot in der Nacht und am Sonntag weiter auszudehnen.
- Abgrenzungsprobleme stellen sich einfach anderswo**  
 Die Vorlage reklamiert für sich die Entschärfung von Abgrenzungsschwierigkeiten und die Vereinfachung des Vollzugs. Indem sie aber bloss die Grenzen der Nacht- und Sonntagsarbeit verschiebt, werden die Abgrenzungsfragen nicht verschwinden, sondern sich künftig an einem anderen Ort stellen. So dürfte künftig umstritten sein, welcher Tankstellenshop an einer „Hauptverkehrsstrasse“ liegt und damit die erweiterten Öffnungszeiten für sich in Anspruch nehmen darf und welcher nicht. Werden die Tankstellenshops gegenüber allen anderen Detailhandelsgeschäften weiter privilegiert, werden sich die Gerichte irgendwann auch mit der Frage beschäftigen müssen, was denn noch als Tankstelle zu gelten hat.
- Arbeitsbedingungen sind prekär genug**  
 Das Tankstellenpersonal befindet sich bereits heute in prekären Arbeitsverhältnissen, da die Branche kaum Gesamtarbeitsverträge kennt und die Entlöhnung im Vergleich zum übrigen Detailhandel gering ist. Im Wissen um diese Zustände muss der Gesetzgeber besondere Vorsicht walten lassen. Eine Aufweichung des Arbeitnehmerschutzes

ausgerechnet in diesem tendenziell arbeitnehmerfeindlichen Umfeld liegt nicht drin.

- **Arbeitsplätze sind risikoreich**

Die Arbeit in den Tankstellenshops ist nicht ungefährlich, wie die häufigen Überfälle zeigen. Das ist eine zusätzliche Belastung für die Arbeitnehmenden, insbesondere nachts.

- **Quartier wird geschwächt, Verkehr nimmt zu**

Mit den Tankstellenshops, die grossen Ladenketten angehören, werden das Gewerbe und die Quartierläden weiter unter Druck gesetzt. Diese Konkurrenz ist unfair und höhlt die Dienstleistungen vor Ort aus. Diese sind eine Stütze für die Gesellschaft, vor allem für die Menschen, welche an ihr Quartier gebunden sind (Senioren usw). Geht die lokale Bevölkerung statt in den Quartierladen in die etwas weiter entfernte Autobahntankstelle einkaufen, nimmt auch der Verkehr und die Belastung des Hauptstrassennetzes zu. Das kann nicht im Interesse des Bundes sein.

- **Bei der Salami-taktik geht es irgendwann um die Wurst**

Vor ein paar Jahren waren es die Ladenöffnungszeiten in den Zentren des öffentlichen Verkehrs, mit dieser Vorlage soll neu nun jede Vorortstankstelle, sofern sie an einer einigermaßen stark befahrenen Strasse liegt – was bei den meisten Schweizer Tankstellen der Fall sein dürfte – auch in der Nacht und am Sonntag offen haben dürfen. Schreitet die Liberalisierung in diesem Stil fort, wird es irgendwann kein Zurück mehr geben und es wird aus Gerechtigkeitsgründen und um der gleich langen Spiesse willen, die generelle Freigabe der Ladenöffnungszeiten verlangt werden. Dies wäre aber weder im Interesse des Gewerbes (höhere Personalkosten, gleichbleibende Verkäufe), noch des Personals, noch der Konsumenten, die dann auch noch sonntags dem Konsumdiktat unterliegen würden.

- **Stimmberechtigte lehnen Sonntagsarbeit ab**

Die Stimmberechtigten haben erst kürzlich und in mehreren Kantonen (AG, BL, SG) eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten – oft mit den Stimmen des Gewerbes – abgelehnt. Es ist falsch, nun an anderer Stelle einer Entwicklung Vorschub zu leisten, die von einer Mehrheit der Bevölkerung gar nicht gewünscht ist.

Wir beantragen deshalb, auf die vorgeschlagene Änderung des Arbeitsgesetzes zu verzichten.  
Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit!

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident

Heiner Studer



Generalsekretär

Joel Blunier